Abonnements
werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 2.— für Deutschland (Couvert)
fl. 1.70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile
25 Cts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).

Verlag
der
Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.

Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

№ 19. 6. Mai 1887.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Die deutschen Sozialistenprozesse.

Bei Besprechung des Frankfurter Sozialistenprozesses und noch bei einer späteren Gelegenheit hoben wir hervor, wie das ganz besonders Widerliche unserer modernen deutschen Sozialistenprozesse — das, was sie von allen anderen politischen Prozessen unterscheidet und odiöser als sie alle erscheinen läßt, darin bestehe, daß sie sich gegen Handlungen richten, die nach allen Rechtsbegriffen und nach gemeinem Recht nicht strafbar und nur durch ein, allen Rechtsbegriffen Hohn sprechendes Ausnahmegesetz für einen Theil der Bevölkerung künstlich zu Verbrechen gestempelt worden sind, während der übrige Theil der Bevölkerung diese nämlichen Handlungen ungestraft begehen kann.

Um nicht weiter zurückzugreifen, wollen wir die neuesten Prozesse, d. h. diejenigen, die entweder in jüngster Zeit zum Austrag gelangten oder die noch augenblicklich schweben, kurz Revue passiren lassen. Und zwar blos die der Quantität nach bedeutenderen — wir meinen die, in welchen die meisten Personen verwickelt sind.

Da haben wir zunächst den Posener Sozialistenprozeß. Was wurde den Angeklagten zur Last gelegt? Daß sie ein Wahlflugblatt verbreitet hatten, welches den Angehörigen keiner anderen Partei als strafbar angerechnet worden wäre.

Indeß — — die Verurtheilung erfolgte auf Grund von Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuches, welche auch schon auf Mitglieder anderer Oppositionsparteien angewandt worden sind, und wir wollen drum auf dieses Beispiel hier kein Gewicht legen.

Dann haben wir weiter den Magdeburger Sozialistenprozeß mit fast hundert Angeklagten. Was ist diesen zur Last gelegt? Theilnahme an einer geheimen Verbindung im Sinne der §§ 128 und 129. Das sind allerdings Paragraphen des gemeinen Strafgesetzbuchs, aber die sogenannten „Strafthaten", um welche es sich handelt, sind erst durch das Sozialistengesetz geschaffen worden.

Wir wollen einmal annehmen — ohne es irgendwie zuzugeben —, die Angeklagten hätten Alles gethan, wessen sie angeklagt sind. Gut. Dann sind sie zusammengekommen, um sich über öffentliche Angelegenheiten und namentlich über die Wahl zu berathen, und sich in Bezug auf das im öffentlichen Leben, namentlich für die Wahl Nothwendige oder Zweckmäßige zu verständigen. Das ist doch gewiß nichts Strafbares.

„Nein, gewiß nicht", wird uns jeder Vernünftige beipflichten. Und man wird auch nicht in Abrede stellen können, daß sowohl die deutsche Reichsverfassung als das Grundgesetz sämmtlicher deutschen Bundesstaaten das Recht, eine solche Thätigkeit auszuüben, solche Handlungen zu begehen, ausdrücklich anerkennen und gewährleisten.

Und man wird uns des Ferneren zugestehen müssen, daß es kein zivilisirtes Land der Erde gibt, in welchem nicht eine solche Thätigkeit nicht nur als ehrenhaft, sondern positiv als Pflicht eines, auf den Namen eines freien und gebildeten Mannes Anspruch machenden Staatsbürgers betrachtet wird.

Aber, und hier kommt das verhängnißvolle Etwas, welches mit seinem Gift unser Staatsleben zerfrißt und die politische Atmosphäre verpestet — aber was dem Einen Recht ist, ist dem Andern nicht billig — was dem demokratischen, freisinnigen, ultramontanen, nationalliberalen, konservativen Staatsbürger erlaubt ist, ja bei letzterem von unseren heutigen Machthabern als politische Pflicht gefordert wird, ist dem Staatsbürger, den die Logik der Thatsachen und sein eigener gesunder Menschenverstand zum Sozialdemokraten gemacht haben, bei Strafe verboten.

Kann, was des Einen Recht und Pflicht ist, des Andern Unrecht und Verbrechen sein?

Das ist Widersinn. Und das menschliche Gewissen, das menschliche Rechtsgefühl, das in dem Satze gipfelt: „Gleiches Recht für Alle", lehnt sich empört auf und sagt: Nicht die Männer begehen Unrecht, welche nach Recht und Pflicht handeln, sondern die, welche es ihnen verwehren und sie deshalb zu Verbrechern stempeln.

Doch weiter.

Der Stettiner Sozialistenprozeß, der einige Dutzend Staatsbürger auf die Bank der Angeklagten bringen wird. Dasselbe Lied. Die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten Gegenstand der Anklage. Nichts sonst. Keine Gewaltthätigkeit, kein Akt der Unordnung, kein Angriff auf Person oder Eigenthum — nichts. Nichts, als was recht und gut und jedem Anderen erlaubt ist, der kein Sozialdemokrat ist.

Wo bleibt da das Gewissen? wo das Rechtsgefühl? wo das Recht und der gesunde Menschenverstand?

Die Prozesse, welche aus den Massenverhaftungen in Hamburg, Leipzig, Mainz u. s. w. hervorgehen werden — was liegt ihnen zu Grunde? Wiederum die Ausübung eines staatsbürgerlichen Rechtes und einer staatsbürgerlichen Pflicht. Wiederum Handlungen, die bei anderen Staatsbürgern nicht bestraft werden und umgekehrt — und mit Recht — für verdienstliche, ehren- und tugendhafte — Bürgertugend! — Handlungen gelten.

„Eine unrichtige Darstellung des Sachverhalts" — poltert ein Staatsanwalt, der diese Zeilen liest, vielleicht hervor — „die Prozesse in Magdeburg, Stettin, Hamburg, Mainz, Leipzig u. s. w. sind deshalb angestrengt worden, weil die Angeklagten verbotene Schriften verbreitet und sich an geheimen Verbindungen betheiligt haben oder solcher Handlungen dringend verdächtig sind."

Ganz recht, Herr Staatsanwalt. Schade nur, daß damit gar nichts gesagt ist.

Daß Sozialdemokraten verbotene Schriften verbreiten, soll sicherlich nicht geleugnet werden. Es wäre eine Schmach für die Menschheit, wenn es anders wäre. Denn warum verbreiten sie verbotene Schriften? Weil man ihnen durch ein Ausnahmegesetz die Ausübung des politischen Grundrechts, der freien Meinungsäußerung verboten hat. Herrschte in Deutschland Preßfreiheit, wie in allen wirklichen Kulturländern, und wäre das so gern zitirte Wort: justitia fundamentum regnorum — die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Staaten — eine Wahrheit, und nicht eine jämmerliche Heuchelei, so gäbe es in Deutschland keine verbotenen Schriften und folglich auch keine Verbreitung verbotener Schriften.

Das Verbrechen liegt im Verbot, nicht in der Verbreitung verbotener Schriften. Diese ist vielmehr blos ein Akt der Selbsthilfe des vergewaltigten Menschengeistes. Die Herstellung und die Verbreitung verbotener Schriften hat zu allen Zeiten für ebenso ehrenvoll und edel gegolten, wie das Verbot von Schriften für ehrlos und kleinlich. Wir erinnern nur an die glorreiche Rolle, welche die in Holland gedruckten und von da aus verbreiteten „verbotenen Schriften" vom Anfang des vorigen Jahrhunderts bis zur französischen Revolution im geistigen Emanzipationskampf des achtzehnten Jahrhunderts gespielt haben. Und wir erinnern an die ähnliche Bedeutung, welche, wie vielen unserer Leser noch in Erinnerung, die Verbreitung verbotener Schriften in den vierziger und zu Anfang der fünfziger Jahre unseres 19. Jahrhunderts für die freiheitliche Entwicklung und die freiheitlichen Bestrebungen des deutschen Bürgerthums gehabt hat. Dem Metternichschen und später dem Manteuffel'schen Regiment durch Verbreitung verbotener Schriften ein Schnippchen zu schlagen, galt jedem anständigen Mann für eine Ehrensache und für eine Ehrenpflicht, und wer einen der Verbreiter denunzirt hätte, wäre der gesellschaftlichen Acht verfallen.

Freilich, es dachte auch Niemand daran, eine so selbstverständliche Handlung strafbar zu finden. Es war dem deutschen Bas-Empire (Byzantinerreich) der Bismarck, Ihring-Mahlow und Puttkamer vorbehalten, Staatsanwälte und Richter zu züchten, welche in der Verbreitung verbotener Schriften und Bücher ein Verbrechen zu erblicken und Männer, deren einziges Verbrechen es ist, ein Naturrecht auszuüben und dem unterdrückten Menschengeist Luft zu verschaffen, eifriger und grimmiger zu verfolgen vermögen, als Räuber und Spitzbuben verfolgt werden.

Und die „geheimen Verbindungen"! Das Wort ist so gruselig. Der Philister denkt dabei an Vehme, Gift, Dolch und Dynamit. Was aber ist's in Wirklichkeit? Daß Sozialdemokraten, weil die Polizei sie an öffentlichen Versammlungen hindert, privatim zusammenkommen, um über Wahlen und sonstige politische Thätigkeit sich zu berathen, d. h. um zu thun, was selbstverständlich und was keinem nichtsozialdemokratischen Wähler verwehrt ist. Wo steckt da das Verbrechen?

Nehme man an: irgend ein Tyrann — die Sache ist schon dagewesen — verbiete Jemand die Befriedigung eines natürlichen Bedürfnisses. Was wäre die Folge? Die Natur würde ohne polizeiliche Erlaubniß ihr Recht fordern. Und wer wäre der Verbrecher, der Schurke? Der Tyrann oder sein Opfer?

Genau ebenso verhält es sich mit der Unterdrückung des Versammlungsrechts. Das eine wie das andere ist ein Verbrechen am einfachsten Menschenrecht, ein Attentat auf die Natur. Und in beiden Fällen nimmt sich die Natur das ihr schnöde geraubte Recht. Wer poetische Zitate liebt, kann sich die berühmten Schiller'schen Verse, aus „Wilhelm Tell", ins Gedächtniß rufen.

Genug.

Die modernen Sozialistenprozesse sind Ausgeburten der boshaftesten Willkür und verstoßen in gleichem Maße gegen Recht und Natur.

Und jedes Verbrechen gegen Recht und Natur rächt sich. Und jedes solche Verbrechen vereiteln und die Urheber züchtigen, ist heiligstes Menschenrecht und heiligste Menschenpflicht.

Aus Frankreich.

Paris, 30. April.

Der „geniale" Staatsmann versteht es ausgezeichnet, die Lage der Deutschen nicht nur in ihrem eigenen Lande, sondern auch im Auslande unerträglich zu gestalten. Im „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte" herrscht er nach dem Ausspruche Cavour's: „Mit dem Belagerungszustand kann jeder Esel regieren", und im Auslande macht er durch seine Politik die ganze deutsche Nationalität so verhaßt als nur möglich. Denn die große Menge hält sich stets an das einzelne Individuum und macht dasselbe für die Niedertracht seiner Regierung verantwortlich.

So schimpft man auch hier auf Bismarck, aber man rächt sich für dessen Brutalitäten an den Deutschen, an den „Prussiens", denn alles Deutsche ist „Prussien". Im Ausland scheint man es besser begriffen zu haben als in Deutschland, daß das „einige Deutschland" in Preußen aufgegangen ist.

Die Richtigkeit des Obengesagten hat die Affäre Schnäbele wieder einmal schlagend bewiesen. Die deutschen Spießer, welche vor dem Kriege zittern, können mit Rücksicht auf dieselbe nur ausrufen: „Gott bewahre uns vor unseren Freunden!" In seiner staatsmännischen Genialität hat der große Kanzler dem deutschen Volk einen Dienst erwiesen, wie ihn dessen ärgster Feind nicht schlimmer hätte verrichten können.

Die ersten Tage nach der Verhaftung des Polizeikommissärs Schnäbele war die Aufregung in den Arbeitervierteln eine hochgradige; die Zeitungskioske wurden buchstäblich belagert, das allgemeine Interesse konzentrirte sich auf die Depeschen von der Grenze, bezw. aus Deutschland, und um den Kriegsminister Boulanger. „Krieg in Sicht!" Die Börse machte gute Geschäfte, und die Mitglieder der goldenen Internationale rieben sich vergnügt die Hände. Die Kleinbourgeois waren äußerst aufgeregt und erklärten den Krieg für die einzige passende Antwort auf eine derartige hinterlistige Polizeiniedertracht, sogar auf die Gefahr hin, „daß Frankreich noch einmal erdrückt werde."

Die radikalen Blätter erhitzten die Massen noch mehr. Der „Intransigeant", der „Radikal", die „Aktion" ꝛc. forderten die Franzosen zu einem Boykott gegen die in Frankreich lebenden Deutschen auf. Rochefort rieth, alle in Paris wohnenden Deutschen, inklusive der Gesandtschaft, verhaften zu lassen; er beschwor die Franzosen, den Eid abzulegen, keinem Deutschen mehr Arbeit zu geben, bei keinem Deutschen zu kaufen u. s. w. „Ein Vaterlandsverräther wäre derjenige, welcher mit einem Deutschen in Verbindung tritt." Der „Intransigeant" brachte täglich die heftigsten Artikel von Rochefort. „Auge um Auge, Zahn um Zahn," ruft die „Aktion", „das ist zwar ein hartes Gesetz, aber doch ein Gesetz! Unterhalten wir keine Beziehungen mit Deutschen! Halten wir sie uns vom Leibe; stellen wir sie unter Quarantäne."

Dieser Stimmung entsprechend ward die französische Regierung von den meisten Blättern wegen ihres „waschlappigen" Verhaltens der deutschen Regierung gegenüber hart angegriffen. Nur die großen Zeitungen der Börse und Finanzwelt billigten die Haltung der Regierung und riethen, kaltes Blut zu bewahren. „Zeigen wir den Deutschen, daß wir keinen Krieg wollen, aber die deutsche Regierung zeige auch ihrerseits, daß sie keinen Krieg wünscht."

Jeder Unparteiische muß zugeben, daß die Entrüstung des französischen Volkes im vorliegenden Falle begreiflich, ja gerechtfertigt war. Die Perfidie und Brutalität Ihr Verhaftung, die Absurdität der Anklage auf Landesverrath liegen auf der Hand. Die gegen Schnäbele erhobenen Beschuldigungen sind kindisch, gleicherweise könnte man alle Franzosen des Landesverraths bezichtigen, wie ihrerseits die Franzosen alle Deutschen als Spione und Hochverräther erklären könnten. Die deutsche Regierung aber wäre sicher weit energischer aufgetreten, wenn die französische es sich hätte einfallen lassen, einen deutschen Staatsbeamten verhaften zu lassen, und noch obendrein auf so echt preußisch-russische Manier. Die französische Regierung hat in dieser Sache eine große Mäßigung bewiesen, trotz der Ausweisung der Franzosen aus Elsaß-Lothringen, trotz der Hetzpredigten der deutschen offiziösen Blätter und der Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung", der „Post", der „Norddeutschen" und anderer Reptilien, welche die unverschämtesten Lügen über die französische Republik verbreiten.

Im Bewußtsein ihres Rechtes geben sich die Franzosen der Hoffnung hin, daß die Affäre zur Zufriedenheit beider Nationen baldigst geschlichtet werde. Trotzdem bleibt, wie nur zu begreiflich, der Haß gegen die Deutschen noch stärker als vorher zurück, dagegen helfen keine diplomatischen Kniffe.

Wer schließlich die Zeche für die Dummheit und Niedertracht der Macher in Deutschland zu zahlen haben wird, das sind natürlich die deutschen Arbeiter, und auch die österreichischen, die, wie Rochefort sagt, nur „verkappte Deutsche" sind. —

Was die Wahlkampagne anbetrifft, so ist dieselbe in vollem Gange. Die sozialistischen Fraktionen entfalten eine ungemein energische Thätigkeit in Wort und Schrift, fast jeden Abend finden Wahlversammlungen in den 80 Wahlbezirken von Paris statt. Die Manifeste, die Plakate der Sozialisten sind überall zu finden, am stärksten natürlich in den Arbeitervierteln. Die ökonomische und politische Situation ist der Propaganda sehr günstig. Die gegenseitigen Angriffe der verschiedenen sozialistischen Fraktionen wider einander haben diesmal ganz aufgehört, mit Ausnahme des 18. Arrondissements, wo die Malonisten (die Anhänger und Freunde B. Malon's) einen Kandidaten gegen Joffrin aufgestellt haben, und zwar ein ehemaliges Mitglied des „Nationalkomites" der possibilistischen Arbeiterpartei. Dies ist ein großer Fehler seitens der Malonisten, denn Joffrin hat sich die ganze Zeit im Gemeinderath dem sozialistischen Programm entsprechend und korrekt verhalten, eine Thatsache, die man zugeben muß, mag man für ihn Sympathien haben oder nicht.

Diesmal gilt es weniger, so viel Sozialisten als möglich in den Pariser Gemeinderath zu bringen, als möglichst viele Stimmen zu gewinnen, damit bei der nächsten Wahl, die nach dem Listenskrutinium erfolgen wird, mit den Sozialisten als einer Macht gerechnet werden muß. Vor Allem aber heißt es, Propaganda zu machen, denn diese ist hier, auf dem klassischen Boden der revolutionären Phrase, wahrlich sehr von Nöthen.

Die in St. Ouen, einem Vorort von Paris, in Folge der Auflösung des Stadtraths stattgehabte Neuwahl ist ein glänzender Erfolg der Sozialisten, die ihre sämmtlichen Kandidaten durchgesetzt haben. Die Auflösung war bekanntlich wegen eines, das Andenken der Pariser Kommune verherrlichenden und eine gleiche Haltung des Marseiller Stadtrathes billigenden Votums erfolgt. Die Stadtverordneten, welche gegen

das Votum gestimmt haben, sind nicht wiedergewählt worden. Möge der Regierung diese Ohrfeige wohl bekommen.

In Marseille, wo sich aus Anlaß der Feier des 18. März der gleiche Vorfall ereignet hatte und wo die Neuwahl nach dem Listenskrutinium stattfand, haben die Opportunisten, die französische Ausgabe der Nationalliberalen, auf der ganzen Linie gesiegt. Die sozialistische Liste hat trotzdem über 5000 Stimmen erhalten.

Dies zeigt, wie schwierig die Wahlen für die Sozialisten werden, sobald sie auf Grund des Listenskrutiniums erfolgen. Aber gerade dieser Umstand macht der Bourgeoisie das Listenskrutinium so werth. Qn.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 4. Mai 1887.

— **Die Schnäbele-Affäre** ist vorläufig beigelegt. Nachdem sich Bismarck überzeugt, daß die Verhaftung des französischen Grenzkommissars zwar die Franzosen aufs Aeußerste zu erbittern, aber zu keinen unüberlegten Streichen verleiten konnte, hat er, um der Welt einen „Beweis großartiger Mäßigung" zu geben, denselben wieder freigegeben. Die Motivirung des betreffenden Entschlusses ist eine überaus gewundene und zeigt, daß es um die Gründe für das gegen Schnäbele eingeschlagene Verfahren sehr schwach bestellt war. Der „Landesverrath", von dem in deutschen Blättern so viel die Rede war, beschränkt sich auf einen Brief Schnäbeles an einen gewissen Klein in Straßburg, der überführt worden war, der französischen Regierung Mittheilungen über Interna der preußischen Armee gemacht, d. h. Spionendienste geleistet zu haben. Der Brief enthielt aber nichts als eine Adreßangabe. Die gegenseitige Ausspionirerei in militärischen Dingen ist heute eingestandenermaßen in allen Ländern Sitte — so gut wie Herrn Schnäbele konnten die deutschen Gerichte den ganzen französischen Generalstab des Landesverraths gegen das deutsche Reich anklagen. Wir sind die Letzten, Spionirerei schön zu finden, aber wir können auch die Entrüstung, die sich stets breit macht, wenn ein solcher Spion abgefaßt wird, nicht schön finden. Sie ist so lange pure Heuchelei, so lange man nicht selbst erklären kann, man treibe keine militärische Spionage.

Wie man aber auch über die Handlungsweise des Herrn Schnäbele denken mag, seine Verhaftung war eine völkerrechtliche Ungeheuerlichkeit. Das ist in der Bismarck'schen Note an Herrn Herbette indirekt zugestanden: „Wenn der Unterzeichnete," heißt es da, „es dennoch für seine Pflicht gehalten hat, den Befehl zur Freilassung Schnäbeles vom Kaiser zu erbitten, so ist er von der völkerrechtlichen Auffassung geleitet worden, daß Grenzüberschreitungen, auf Grund dienstlicher Verabredungen zwischen Beamten benachbarter Staaten erfolgend, jederzeit als unter der stillschweigenden Zusicherung freien Geleites stehend anzusehen seien. Es ist nicht glaublich, daß Gautsch Schnäbele zu einer Besprechung in der Absicht aufgefordert habe, seine Verhaftung möglich zu machen; es liegen aber Briefe vor, welche beweisen, daß Schnäbele, als er verhaftet wurde, sich an der Stelle, wo dies geschah, in Folge einer mit dem diesseitigen Beamten getroffenen Verabredung befand, um gemeinsame amtliche Geschäfte zu erledigen. Wenn die Grenzbeamten bei derartigen Gelegenheiten der Gefahr ausgesetzt wären, auf Grund von Ansprüchen, welche Gerichte des Nachbarstaates an sie machen, verhaftet zu werden, so würde darin eine Erschwerung der laufenden Grenzgeschäfte liegen, welche mit dem Geiste und den Traditionen der heutigen internationalen Beziehungen nicht im Einklang steht. Der Unterzeichnete ist daher der Meinung, daß derartige geschäftliche Zusammenkünfte jederzeit als unter dem Schutze des gegenseitig zugesicherten freien Geleites stehend gedacht werden sollten. In diesem Sinne hat er, unter voller Anerkennung der Berechtigung des Verfahrens der diesseitigen Gerichte und Beamten, das Sachverhältniß beim Kaiser zum Vortrag gebracht. Allerhöchstdieselben haben dahin zu entscheiden geruht, daß in Betracht der völkerrechtlichen Motive Schnäbele, trotz seiner Festnahme auf deutschem Gebiet und trotz der gegen ihn vorliegenden Schuldbeweise, in Freiheit zu setzen sei."

Wenn dem so ist, so bleibt nur die Frage übrig: Gehören die von **Berlin** entsendeten Spitzel, die, nach der Betheuerung des Herrn Gautsch, ohne sein Vorwissen die Verhaftung Schnäbeles besorgt, auch zu den „Beamten", deren Verfahren oben mit „voller Anerkennung" bedacht wird? Und **in wessen Auftrage** handelten sie, als sie, wieder nach Angabe des Herrn Gautsch, denselben aushorchten, um hinter seinem Rücken Herrn Schnäbele gegen alles Völkerrecht zu verhaften? Bei der gespannten Situation zwischen Frankreich und Deutschland mußten sie oder ihre Auftraggeber sich doch der Wirkung bewußt sein, welche der völkerrechtswidrige Akt auf die Franzosen machen werde. Wie kamen sie dazu, so frevelhaft leichtfertig mit einem Feuer zu spielen, dessen Flammen Deutschland nicht minder bedrohten als Frankreich? Das Interesse des deutschen Volkes, das den Frieden wünscht und ihn zur gesunden Entwickelung seiner Verhältnisse braucht, erfordert eine gründliche Untersuchung dieser Frage, die viel wichtiger ist als alle andern bei der Schnäbele-Affäre aufgeworfenen.

Aber grade darum wird sie nicht beantwortet werden.

— **Den Berliner Reptilien** scheint die friedliche Beilegung der Schnäbele-Affäre gar nicht in den Kram zu passen. Insbesondere zetert die „Post", die schon oft zu gewissen Liebesdiensten verwendet wurde, und die speziell als Kanal für „kalte Wasserstrahlen" zu dienen pflegt — wir erinnern nur an die Artikel: „Krieg in Sicht", „Auf des Messers Schneide" ꝛc. — hintennach noch stärker als vorher und droht ganz unverholen mit der Verhängung des Kriegszustandes über Elsaß-Lothringen als einer gegen Frankreich gerichteten Maßregel.

Unter solchen Umständen gewinnt natürlich die Auffassung, als sei dem hohen Gönner der „Post" der friedliche Ausgang der Sache sehr unerwünscht, ganz bedeutend an Wahrscheinlichkeit. Und daß diese Auffassung nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland selbst verbreitet ist, zeigt folgende, uns aus dem Reiche oder vielmehr der Reichshauptstadt selbst zugegangene Zuschrift:

„Er wird wirklich alt. Es ist zwar ein altes Kunststück — schon von dem Mazedonierkönig Philipp vor länger als 2000 Jahren mit Virtuosität ausgeübt und in ein System gebracht — daß, wer Krieg führen will, den Gegner zum Angriff zwingen soll, um ihn vor der Welt ins Unrecht und sich ins Recht zu setzen, aber es hat sich bis in die neueste Zeit trefflich bewährt, und unserm eisenstirnigen Kanzler wiederholt ausgezeichnete Dienste geleistet. Im Jahr 1866 wußte er es so einzufädeln, daß Oesterreich, und 1870, daß Frankreich den Krieg erklärte, also das Odium des Angreifers und Friedensstörers auf sich luden. Es gehört dazu ja nicht viel — nur eine starke Dosis Geriebenheit und eine sehr starke Dosis Verlogenheit und Heuchelei — immerhin pflegt man vor gelungenen Leistungen dieser Art einen gewissen Respekt zu haben — ähnlich wie vor genialen Schwindel- oder Spitzbubenstreichen. Wenn aber die Sache mißlingt und der Gauner sich in seiner eigenen Schlinge fängt, so wird er ein Gegenstand der Verachtung und des Spotts. Der Heiligenschein des „Erfolgs" fehlt, und man sieht blos noch den ertappten Verbrecher. In dieser wenig beneidenswerthen Lage ist jetzt unser Kanzler Eisenstirn. Seit Anfang dieses Jahres hatte er die Franzosen so raffinirt insultirt und gereizt, daß er zu der Ueberzeugung gelangte, es bedürfe jetzt blos einer geschickt applizirten Realinjurie — eines „zufälligen" Peitschenhiebs oder Fußtritts, um den Becher zum Ueberlaufen und die heißblütigen Franzosen zu Ausbrüchen der Leidenschaft zu bringen, welche den gewünschten casus belli (Kriegsfall) mit obligater Kriegserklärung an Deutschland herbeiführen ließen.

Der Schnäbele-Fall wurde in Szene gesetzt.

Ein französischer Beamter wird von einem deutschen Beamten über die Grenze in einen Hinterhalt gelockt, von Berliner Spitzeln überfallen und überwältigt, und auf Grund irgend einer beliebigen Anklage in ein deutsches Gefängniß geworfen.

Eine flagrantere Verletzung des Völkerrechts, eine ärgere Beleidigung der französischen Republik kann man sich nicht denken.

Natürlich mußte dem Ding ein legales Mäntelchen umgehängt werden. Schnäbele ist an Akten des Landesverraths gegen Deutschland betheiligt gewesen und aus eigenem Antrieb — wahrscheinlich in landesverräherischer Absicht — über die deutsche Grenze gegangen, und dort, kraft eines richterlichen Haftbefehls, in Form Rechtens verhaftet worden. Kurz, Alles ganz korrekt — wurde in die Welt hinausgelogen.

Natürlich wußten die Urheber des internationalen Mißgriffs, daß diese Lüge keinen Bestand haben konnte. Aber sie wußten auch, daß sie die Erbitterung der Franzosen nur noch vermehren mußte, und — bis die deutsche Regierung zur Richtigstellung des Thatbestandes schreiten und das Unrecht der deutschen Behörden eingestehen würde, war 10 gegen 1 zu wetten, daß die französische Volkswuth in Paris oder sonstwo auf die eine oder andere Weise den erwünschten und erstrebten casus belli verschafft haben würde.

Allein es kam anders.

Die heißblütigen Franzosen vermieden mit peinlichster Sorgfalt jeden Ausbruch der Leidenschaft: der deutsche Gesandte in Paris wurde nicht insultirt, nicht einmal der letzte seiner Spitzel — nichts, gar nichts, was einigermaßen als Handhabe benutzt werden konnte.

Kurz, die Franzosen merkten die Absicht und waren so gescheidt, nicht in die Falle zu gehen. Und jetzt steht ER vor der ganzen Welt als der geprellte Friedensstörer da, der sich in seiner eigenen Falle gefangen hat.

Wie er herauskommt, ist gleichgültig. An der Thatsache und an der Blamage ist nichts mehr zu ändern."

Soviel ist sicher, daß Bismarck mit seiner vielbewunderten auswärtigen Politik in einer Sackgasse angelangt ist, aus der ihn nur ein glücklicher Krieg retten kann. Aber nicht jeder Krieg endet glücklich, und ein Krieg, der große Opfer erfordert, ohne große Erfolge zu liefern, ist fast noch gefährlicher als ein schnell beendeter unglücklicher Feldzug. Der letztere facht erst recht den politischen Fanatismus an, der erstere macht die Völker ungeduldig und fordert ihre Kritik heraus.

Nun ist aber ziemlich wahrscheinlich, daß die Franzosen, wenn angegriffen, diesmal alles aufbieten werden, Widerstand zu leisten, und wenn sie auch in manchen Dingen gegen Deutschland militärisch noch zurück sind, so haben sie doch seit 1870 ganz wesentliche Fortschritte gemacht, und ist namentlich an eine Anarchie unter den Heerführern, wie sie 1870 einriß, nicht zu denken. Daher das unablässige Gepolter der Offiziösen und die fortgesetzten offiziellen Betheuerungen der Friedensliebe, die zu ersteren passen wie die Faust aufs Auge.

Unterdessen wird auf beiden Seiten fieberhaft fortgerüstet, und während die Geschäfte, angesichts der Kriegsgefahr, immer schlechter gehen, wird die Steuerschraube immer stärker angespannt — wird auch der Friede von Tag zu Tag unerträglicher.

Kurz, unsere Staatskünstler sind am Ende ihres Witzes — sie haben es verstanden, ihre Völker zu verhetzen, aber sie verstehen es nicht, sie mit einander zu versöhnen. Und sie werden es nie verstehen, denn in ihrem großen, großen Lexikon fehlt das eine Wort, das die Herzen bezwingt: Gerechtigkeit.

— **Aus den vorstehenden Ausführungen,** sowie überhaupt aus der Haltung unseres Blattes geht deutlich hervor, daß wir gegen das französische Volk keinerlei Vorurtheil hegen, sondern im Gegentheil seiner eigenthümlichen Situation in jeder Beziehung Rechnung zu tragen bemüht sind. Umsomehr fühlen wir uns daher berechtigt, gegen die rohen Ausbrüche des französischen Chauvinismus zu protestiren, wie sie sich in den letzten Wochen in den Spalten gewisser „radikaler" Blätter von Paris geltend gemacht. Die Art, wie der „Intransigeant", die „Aktion" und ähnliche Blätter aus Anlaß der Schnäbele-Affäre ohne Unterschied gegen Alles, was deutsch ist, gewüthet, überschreitet bei Weitem das berechtigte Maß entrüsteten Zorns über eine noch so brutale Vergewaltigung. Das ist nicht die Art, das deutsche Volk der Republik des Nachbarvolkes günstiger zu stimmen, mit solch' wüsten Schimpfereien arbeitet man vielmehr grade denen in die Hände, die man zu bekämpfen vorgibt. Wenn der nationale Gedanke in Frankreich heute noch eine gewisse Berechtigung hat, so höchstens wegen bestimmter freiheitlicher Prinzipien, welche die Republik gegenüber ihrer reaktionär-monarchischen Umgebung vertritt, nicht aber zu Gunsten irgend eines bornirten Rassen-Vorurtheils.

Indem wir das feststellen, konstatiren wir mit Genugthuung, daß sich unsere engeren Genossen, die französischen Sozialisten, keinen Augenblick beirren ließen, sondern unentwegt an dem internationalen Gedanken festhielten.

Hier zeigte sich recht deutlich der Unterschied zwischen den kleinbürgerlichen Demagogen und den revolutionären Kommunisten. Der kleinbürgerliche Demagoge schmeichelt den Vorurtheilen und Stimmungen der Masse, weil er ohne die Masse eine Null ist — der Kommunist aber hat stets den Muth, ebenso der Masse zu trotzen wie einzelnen Despoten — er folgt einem Prinzip, das unabhängig ist von der Gunst der Tages-Strömungen, weil es stärker ist als sie.

— **Der Infamie die Krone aufgesetzt.** Unser, im Posener Sozialistenprozeß, wegen eines Wahlflugblattes zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilter Genosse Constantin Janiszewski wird im Gefängniß schlimmer behandelt als der gefährlichste Einbrecher. Es sind ihm, wie die „Vossische Zeitung" schreibt, **eiserne Handfesseln,** zwischen denen sich eine eben solche Stange befindet, angelegt worden. Auf hiergegen erhobene Beschwerde, heißt es weiter, wurde darauf hingewiesen, daß seinerzeit während des Mendelsohn'schen Prozesses ein Versuch unternommen wurde, Janiszewski zu befreien. Der Inhaftirte erhielt in Prozeß ziemlich drei, in diesem zwei Jahre und eine Woche Gefängniß zudiktirt. Genossen des Janiszewski wollten demselben Selbstbeköstigung verschaffen, das dieserhalb eingereichte Gesuch wurde aber von der Gefängnißdirektion abgeschlagen."

Also weil vor Jahren einmal der Versuch gemacht wurde, ihn aus einer, allerdings ebenso ungerechtfertigt wie die diesmalige, aufgehaltenen Kerkerhaft zu befreien, darum legt man einen ehrlichen, braven Arbeiter, der keinem Menschen ein Haar gekrümmt, in Ketten. Und das in einem Lande, das sich zivilisirt, einen Rechtsstaat nennt!

Wir rufen die rechtlich Denkenden aller Parteien zum Protest auf gegen diesen Akt der Barbarei der — wie Freiligrath sie einst nannte — schmutzigen Westfalmücken.

— **Preußens Finger in Süddeutschland.** Aus Darmstadt geht uns von wohlunterrichteter Seite die folgende Mittheilung zu:

„Wenn ich heute zur Feder greife, so sind dies nicht Darmstädter Angelegenheiten, die mich dazu veranlassen, sondern die Polizeischurkerei, die sich gegenwärtig in Mainz abspielt.

Bekanntlich wurden am 19. und 20. d. M. daselbst 15 Mann wegen angeblich geheimer Verbindung verhaftet. Dieselben befinden sich jetzt noch in Haft.

Wie nun für jeden mit unseren Verhältnissen Vertrauten sofort klar war, daß dieses Manöver nur zu dem Zwecke unternommen wurde, einen billigen Vorwand zur Verhängung des „kleinen Belagerungszustandes" zu haben, so dürfte doch Manchen überraschen, zu hören, zu welchen ver-

Feuilleton.

Eine denkwürdige revolutionäre Kundgebung in Rußland.

(Dem Chicagoer „Vorbote" entnommen.)

Niemals innerhalb der letzten drei Jahre hat der Professor der Geschichte an der Petersburger Universität eine so große Zuhörerschaft in seiner Klasse gehabt, wie am 2. Februar dieses Jahres. Als er seinen Sitz einnahm, wunderte er sich, daß statt der gewöhnlichen geringen Zuhörerzahl Hunderte von jungen Männern sich in dem Saale versammelt hatten. Aber er unterdrückte sein Erstaunen, öffnete seine Kollegienhefte und fragte: Was liegt heute vor?

„Vorlesung der Ferienarbeiten!" antwortete ein Dutzend kräftiger Stimmen.

Die Studenten waren gerade von den Weihnachtsferien zurückgekommen. Am Morgen des 2. Februar hieß es in den Gängen der Universität, die Studenten der Geschichte hätten etwas Besonderes vor. Jeder Student eilte deshalb nach der Klasse, und die große Halle war bald gefüllt mit Vertretern der vielen Rassen, welche Rußland bewohnen. Auch eine ziemliche Anzahl Studentinen hatte sich eingefunden. Heiterkeit und jugendlicher Uebermuth machte sich unter der Menge geltend. Späße wurden gemacht, man lachte und erzählte sich Ferienabenteuer, auf die Eröffnung der Klasse harrend. Sobald aber der Professor erschien, wurde es stumm. Der Professor musterte die Anwesenden und rief dann: „Jene, welche Ferienaufsätze geschrieben haben, mögen vortreten und dieselben vorlesen."

Ein halbes Dutzend Studenten bestiegen die Platform. Einer von ihnen las einen ermüdenden Aufsatz über die Geschichte der Raskolniki, die griechisch-katholischen Sektirer in den Provinzen Tschernigow und Kursk; ein anderer las etwas vor über die alte Geschichte der Krim, andere folgten mit ähnlichen historischen Skizzen. Schließlich begann ein schmächtiger junger Mann mit langem blonden Haar, einem glatten bleichen Gesicht, der eine blaue Brille trug, einen Aufsatz vorzulesen, betitelt: „Aus der alten Geschichte." Er schickte seinem Aufsatze einige Worte voraus, und sagte, daß er sich genau an die alten klassischen Schriftsteller Tacitus, Suetonius, Dio Cassius, Vellejus Paterculus, Seneca, Philo und Andere gehalten habe (die alle in dem 1. und 2. Jahrhundert nach Christi Geburt lebten und über römische Geschichte schrieben). Mit wohltönender, leidenschaftlicher Stimme las er dann, wie folgt:

„Ein ungeheures Reich, zusammengesetzt aus den verschiedenartigsten Theilen, die einfach durch Gewalt zusammengehalten werden, dehnt sich von den kalten nördlichen Marschen und Forsten bis nach den grünen Küsten der warmen südlichen See. Es nimmt einen großen Theil der Erde ein, Dutzende von Millionen Menschen bilden seine Bewohnerschaft, aber seine ganze Verwaltung ist in den Händen eines Mannes konzentrirt. Ein Mann hat unbegrenzte, unkontrolirte Macht über dieses riesige Reich. Lang Jahre regierte der alte Kaiser Tiberius und nicht ohne Ruhm, wie einige seiner ergebenen Schriftsteller — Vellejus Paterculus — sagen. In den immer ruhelosen westlichen Provinzen wurde eine gefährliche Empörung niedergeschlagen, eine Empörung, durch nichts anderes verursacht wie durch die Dieberei und den Raub der von der Regierung dahin geschickten Beamten und den Patriotismus einer unterdrückten und unterjochten Nation — ich meine den Aufstand von Julius Florus und Julius Sacrovirus, von welchen Tacitus im dritten Kapitel seiner Jahrbücher erzählt."

Längerer Beifall und Bravorufe, sowie der Ruf: „Es lebe Polen!" unterbrachen den jungen Leser, als er den letzten Satz als etwas Selbstverständliches aussprach.

Als die Ruhe wieder hergestellt worden war, fuhr er fort: „Sueton in seinem Buch über Tiberius, 38. Kapitel — ebenso Tacitus und Dio Cassius — erzählen uns, daß während der Regierung desselben einige Reformen durchgeführt wurden, besonders im Gerichtswesen, das vorher im völligen Zustand der Korruption war. Interessant ist es, zu wissen, unter welchen Umständen er seine Regierung antrat. Julius Cäsar, der Vorgänger seines Vaters — die Thatsache, daß Tiberius nur ein Adoptivsohn des Octavius Augustus war, macht keinen Unterschied — war ein gebildeter, glatter, gutmüthiger Herr, der es verstand, wie man sich Freunde macht. Er errang sich unsterblichen Ruhm durch seinen Feldzug in Frankreich, wo er eine große Armee der Gallier aufrieb und einen sehr berühmten General besiegte — Vercingetorix. (Beifall und Rufe: Napoleon!) Cäsar's Nachfolger (Nikolaus! rief ein Zuhörer), Octavius Augustus, war ein grausamer, mitleidsloser Mann von eisernem Willen und strengem Charakter. Er bestieg seinen Thron, nachdem er die Stufen desselben mit Blut befleckt hatte, indem er Tausende tödtete und verbannte, welche die Freiheit liebten. Man haßte ihn. Das Volk seufzte unter seiner Unterdrückung. Die zahllosen Kriege, welche er unternahm, führte er glücklich zu Ende, aber eine verderbliche militärische Katastrophe, welche hauptsächlich der Räuberei und Unfähigkeit seiner Generäle entsprang, bewölkte die letzten Tage seiner Laufbahn — ich meine die Niederlage der Legionen des Quinctilius Varus. („Sie meinen Sebastopol," verbesserte einer der Hörer.)

Dio Cassius und Tacitus berichten, daß der Tod des Kaisers unter so verdächtigen Umständen erfolgte, daß das Volk glaubte, er sei vergiftet worden. Sein Vorgänger war ein eleganter Frauenanbeter, er war ein roher Wüstling. Als sein Sohn zum Kaiser ausgerufen wurde, ward derselbe vom Volk mit Freuden empfangen. Indem er, wie oben berichtet wurde, einige Reformen einführte und die Lage der unteren Klassen um ein Geringes verbesserte, gewann er bald den Ruf eines freisinnigen Mannes. (Zuruf: Alexander II. ist gemeint.) Die Nation erwachte aus einem langen Schlummer, Jeder athmete freier; ein frischer, gesunder Geist durchdrang die Literatur, eine Schaar junger und begabter Schriftsteller und Poeten, betraten die öffentliche Arena, und manches Feld, auf dem seit Jahren die Lieder der Sklaverei ertönt, erscholl von den Gesängen freier Männer. Dieser Zustand dauerte aber nicht sehr lange. Die großen römischen Geschichtsschreiber Sueton, Dio Cassius, Vellejus Paterculus und Tacitus sind Autoritäten für die Thatsache, daß Tiberius seinen Sinn änderte, als sein Sohn Cajus Cäsar, der junge Kronprinz, ein ausschweifender, aber talentvoller Jüngling, starb. Drusus Cäsar, der jüngere Bruder, ererbte beides, seinen Thron und seine Braut, und dieses Weib, mit praktischem Sinn begabt, flog ebenso willig in Drusus' Arme, als sie sich Cajus hingegeben haben würde. (Beifall und Rufe: „Das ist die jetzige Kaiserin von Rußland.")

Je länger der Kaiser regierte, desto weniger dachte er an sein Volk. Tacitus sagt wörtlich:

„Die Regierung unterdrückte die vom Volk am meisten begünstigten Schriftsteller, aber ihre Bemühungen waren natürlich ein Fehlschlag. Die unterdrückten Bücher wurden im Geheimen gelesen und verbreitet. Wie thöricht ist die Kurzsichtigkeit jener, welche glauben, daß ihre zeitweilige Macht so groß ist, daß sie die Gedanken künftiger Generationen beeinflussen können. Verfolgung vergrößert immer den Ruhm des Talentes. Herrscher, welche solche Grausamkeiten ausüben, thun das zu ihrer eignen Schande und für den Ruhm ihrer Opfer."

Als Enttäuschung folgte, als Alles, was Freiheit andeutete, unterdrückt wurde und das Volk einzusehen begann, daß seine geliebtesten Hoffnungen nichts wie Träume seien, versuchte es zu protestiren vermittelst Petitionen, Schriften und Demonstrationen. Kerker, Hinrichtungen und Verbannung war die Antwort der Regierung. Die Zahl der Unzufriedenen wurde von Tag zu Tag größer. Sie begannen Verschwörungen zu bilden, und ein Netz geheimer revolutionärer Organisationen bedeckte bald das ganze Land. Frauen arbeiteten so eifrig wie Männer auf den Sturz der Tyrannei hin. Der wachsenden revolutionären Bewegung gegenüber kannte die Regierung nur eine Antwort — den Galgen. Hunderte von Männern und Frauen wurden in die Gerichtshöfe geschleppt und nach kurzem Verhör dem Henker überwiesen.

Dann begannen die Hinrichtungen der Henker. Eine Anzahl Prätorianerhäuptlinge wurden ermordet, und in einer der südlichen Provinzen in Spanien wurde ein Gouverneur getödtet. (General Streinikow in Odessa.) Gegen den Kaiser selbst wurden mehrere Versuche gemacht. Ein demoralisirendes Spionensystem wurde eingerichtet, welches die Leben von Tausenden von unschuldigen Personen vernichtete. Der Tyrann schöpfte Verdacht. Da er sich unablässig von den Geistern seiner Opfer verfolgt und von Schaaren von Brutussen und Cassiussen bedroht glaubte, floh er nach dem Süden. Dort auf der Insel Capri („Sie sollten sagen, die Insel Krim," rief Jemand), beschützt von einer Prätorianerhorde, sich erfreuend des blauen Himmels, der ruhigen See und der grünen Berge, ergötzte er sich an den raffinirtesten Ausschweifungen, während sein Günstling Sejanus in der Hauptstadt ein Schreckensregiment führte. („General Gurko!" bemerkte Jemand, während ein Sturm von Gelächter losbrach.)

Das war der Zustand der Dinge im Reiche während der Jahre 79 und 80 — ich meine der Jahre 779 und 780 der römischen Zeitrechnung. (Stürmischer Beifall.) Nach Tacitus machte besonders ein Vorkommniß im Leben des Tiberius auf ihn großen Eindruck. Eines Tages fielen die Gewölbe im Speisesaale des Palastes ein, eine Anzahl Männer kamen in den Trümmern um, und der Kaiser selbst entrann mit knapper Noth dem Tod. Der alte Kaiser begann ernstlich an den Tod

worfenen Mitteln der jetzige preußische Minister für Hessen-Darmstadt greifen würde, um seinen preußisch-brutalen Maßregeln einen Schein von Berechtigung zu verleihen.

Wie mir heute von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, weiß die Behörde bereits ganz genau, daß aus der Mainzer Geheimbundsgeschichte nichts zu machen ist, und daß die Staatsretter blamirt aus derselben hervorgehen werden. Herr Finger hat deshalb vorgestern den früheren ersten Staatsanwalt zu Mainz, Schlippe, jetzt Ministerialrath, von hier nach Mainz entsandt, um die dortige Staatsanwaltschaft zu veranlassen, die Anklage so zu stellen, daß dieselbe zu einem Vorwand für den Belagerungszustand werden könne, wenn auch das Gericht später freispreche.

Dies einstweilen zur Veröffentlichung; den Kommentar dazu liefere ich später.

Gruß! Cato 31.

Es gäbe reichlichen Stoff zu einem satyrischen Gedicht, wie Preußen den bockeinigen Großherzog mit seinem Minister Stark so zu „kolemmen" verstand, daß er sich wie Wachs um den Finger wickeln ließ, und wie jetzt die Verkuppelung der „Friedenbringerin", auf griechisch Irene, mit irgend einem der vielen überflüssigen Hohenzollernprinzen für das beglückte Hessenland den — kleinen Belagerungszustand bedeutet. Als Ueberschrift empfehlen wir: Moralische Eroberungen.

— **Wie sie reden, und wie sie — handeln.** „Ich halte das Verbot sozialdemokratischer Wahlkomites, blos weil sie sozialdemokratisch sind, für **gesetzwidrig**; ich halte das Auflösen von Wahlversammlungen, blos weil Sozialdemokraten darin sind, für **unzulässig**; ich bin der Meinung, daß das Sozialistengesetz vor allem bei Wahlen **streng interpretirt** werden muß; ja, ich gehe noch weiter, ich sage: alle Handlungen von Sozialisten, die sich auf Wahlen beziehen und Wahlen bezwecken, haben von vornherein die Vermuthung für sich, daß sie **nicht den Umsturz** der bestehenden Rechtsordnung wollen, sondern innerhalb der bestehenden Staatsordnung mitwirken wollen an der legalen Fortführung der Staatsangelegenheiten. Das ist meine Ansicht und sicherlich auch die der jetzigen Mehrheit des Reichstags. Der Reichstag muß auch alle Mittel dahin geltend machen, daß **die Behörden strenger angehalten werden**, mit völliger Unparteilichkeit die Vorschriften bezüglich der Wahlen zu handhaben und auch nur den Schein zu vermeiden, als ob sie das Sozialistengesetz benutzen wollten, um in ihrem Sinn auf das Resultat der Wahlen einzuwirken."

Also sprach in der Reichstagssitzung vom 27. April Herr Miquel, der unerkannte Führer der Nationalliberalen. „Wie?" wird vielleicht der eine oder andere unserer Leser hier ausrufen, „ist denn das möglich?" Die Partei, die im Lande bei den Wahlen am brutalsten vorgegangen, die den ärgsten Terrorismus inszenirte, die ihre Stärke nur der amtlichen und sonstigen Wahlbeeinflussung verdankt, die sollte jetzt plötzlich in sich gegangen und für die Freiheit der Wahl eingutreten entschlossen sein? Das wäre ja prächtig!"

Gemach, guter Freund, du vergißt, was nationalliberal heißt. Nachdem Herr Miquel diese schönen Worte geredet, ging er hin und stimmte mitsammt seiner Partei **gegen** den Antrag Singer, die Akten über die ergangenen Verbote von Wahlversammlungen im Kreise Hagen — es handelte sich um die Prüfung der Wahl Richters — von der Regierung einzufordern. Reden kostet, denken die Herren, eben nichts und — haben wir bei der Wahl den Leuten das Blaue vom Himmel vorgeschwatzt, warum sollen wir im Reichstag das Geschäft nicht fortsetzen? Und wie Herr Bennigsen die Presse vor polizeilicher Willkür, so stellt Herr Miquel die Wahlen vor der Laune der Land- rc. Räthe sicher. Und wie die Zeitungen in Deutschland fortfahren, von der Laune der Polizeipaschas abzuhängen, so werden auch in Zukunft nach wie vor Wahlkomites aufgelöst, Wahlversammlungen verboten, und die so zustandegekommenen Wahlen für giltig erklärt werden.

Wenigstens so lange Herr Miquel und seine Partei in Deutschland eine Rolle spielen.

— **Zum Streik der Weber in Crimmitschau,** über den im Korrespondenzentheil unsrer heutigen Nummer Genaueres zu lesen, liegt ein, die Unverschämtheit der Kapitalprotzen kennzeichnendes Dokument vor in nachstehendem Begleitschreiben zu einer vom „Fabrikanten- und Webschulverein" erlassenen schwarzen Liste:

„P. P. Wir übersenden Ihnen beigefügt Namensverzeichniß der streikenden Arbeiter, wie wir Sie auch gleichzeitig mit den in der Vorstandssitzung des Fabrikanten- und Webschulvereins gefaßten Beschlüssen bekannt machen, nämlich: „Allen hiesigen Industriellen zu empfehlen, daß Arbeiter, die als Obmänner des Fachvereins bekannt, oder die sich als Wühler unter den Arbeitern bemerklich machen, entlassen werden mögen, deren Namen aber Herrn Rechtsanwalt Roch bekannt zu geben, sowie bei Annahme von Arbeitern, besonders von Webern, sich bei demselben zu erkundigen, ob sie nicht jenen gekennzeichneten Personen angehören." In der allseitigen Ausführung dieses Beschlusses wird es ja liegen, die Thätigkeit des Fachvereins der Weber lahm zu legen. Der Gesammtvorstand des Fabrikanten- und Webschulvereins."

Die „Wühler" würde mancher vielleicht den Herren noch hingehen lassen — das Wort klingt nach gewerbsmäßigem Aufhetzen — wenn nicht das Zusammenwerfen derselben mit den „Obmännern des Fachvereins" aufs Deutlichste zeigte, was die bismarckfrommen Fabrikpaschas darunter verstehen. „Wühler" ist in ihren Augen jeder Arbeiter, der es überhaupt wagt, sich als Mensch anstatt als Arbeitsvieh — pardon, das Vieh erfordert ja noch gewisse Schonung, als Arbeitsmaschine zu betrachten. Maschinen brauchen keine Vereine, daher ist der Fachverein vom Uebel und muß ausgerottet werden. Kann man die Masse der Arbeiter nicht zwingen, denselben aufzugeben, und bietet er keine Handhabe zu einer Auflösung auf Grund des Schandgesetzes, nun gut, so schwingt man über jeden, der es wagt, die Stelle eines Obmanns anzunehmen, die Hungerpeitsche, auf diese Weise macht man ihn de facto unmöglich. Gut ausgesonnen, ihr feigen Arbeiterschinder, wäre der Gedanke nicht so raffinirt gemein, man wäre versucht, ihn polizeiwidrig dumm zu nennen. Macht nur den Arbeitern den öffentlichen und legalen Kampf unmöglich, wenn Ihr es könnt, aber dann wundert Euch auch nicht, wenn sich die beleidigte Menschennatur in urwüchsiger Weise an Euch rächt. Wer noch einen Funken von Rechtsgefühl im Leibe hat, wird Euch, was auch geschehe, nur das eine Wort zurufen:

Ihr habt's gewollt!

— **Die Brutalität des Ordnungsretterthums** hat sich jüngst in Magdeburg wieder einmal in ihrer ganzen Nichtswürdigkeit gezeigt. Zu den Angeklagten im sogenannten Geheimbundsprozesse gehört oder vielmehr gehörte auch unser Genosse, der Schneidermeister Wilhelm Habermann. Obgleich im höchsten Grade leidend, wurde er doch in strengster Untersuchungshaft gehalten, bis seine Ueberführung nach dem Krankenhause absolut nothwendig wurde — d. h. nothwendig, sollte er nicht buchstäblich im Gefängniß den Tod erleiden. Nur einmal nach vielen vergeblichen Bitten hatte man seiner Frau gestattet, ihn zu besuchen, seine Kinder hat er überhaupt nicht wieder gesehen. Ohne Abschied von den Seinigen nehmen zu können, ohne sein jüngstes, während der Dauer seiner Haft geborenes Kind auch nur sehen zu können, ist er am Freitag den 29. April seinen Leiden erlegen.

Aber daran nicht genug. Die Polizeibande wußte, wie populär Habermann in Magdeburg gewesen, und daß die dortigen Arbeiter es sich nicht nehmen lassen würden, ihrem verstorbenen Freund und Mitstreiter das letzte Geleit zu geben. Das sollte und mußte verhindert werden. Und so wurde denn, trotzdem die Beerdigung auf Sonntag Vormittag angesetzt war, die Leiche Habermanns, ohne daß man der Frau direkt davon Kenntniß gegeben, bereits am Sonnabend sang- und klanglos eingescharrt. Statt seiner Angehörigen und Gesinnungsgenossen war fast die gesammte Polizeimacht Magdeburgs auf dem Kirchhof versammelt.

Aber man hatte die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Die Arbeiter Magdeburgs hielten es nun erst recht für ihre Pflicht, dem Verstorbenen eine würdige Todtenfeier zu veranstalten. Wir lesen darüber in einem dortigen Lokalblatt:

„Schon früh morgens kamen zahlreiche Besucher einzeln zu dem Grabe auf dem Neustädter Kirchhofe, der bis zum späten Abend das Ziel vieler Tausende von Männern, Frauen und Kindern blieb, alle fast ausnahmslos in tiefem Schwarz, ohne jedes Abzeichen, den Ernst der Todten-Stätte in den Zügen.

Bald nach 10 Uhr bewegte sich vom Faßlochsberg aus ein (wohl absichtlich nicht gegliederter, nicht reihenweise geordneter) Zug von einigen Tausenden Männern und Frauen, schweigsam und ohne Aufsehen der Neustadt zu. Derselbe bestand zumeist aus Deputationen, die ihre Kränze am Grabe Habermanns niederlegen wollten. Wir zählten über 100 Kränze. Die Polizei war offenbar sehr schlecht unterrichtet, sie erwartete einen Zug an anderer Stelle. Nicht einem Schutzmann, nicht einem einzigen Polizisten in Civil begegneten die vereinigten Deputationen bis zum Kirchhofe. Hier legte der frühere Reichstagsabgeordnete Heine im Namen der sozialdem. Reichstagsfraktion, danach die Vertreter jener 4 Wahlkreise, in denen der Todte kandidirt hatte, dann Deputationen aus Halberstadt, Calbe, Aschersleben, Egeln, Schönebeck, Olvenstedt u. s. w., von zahlreichen Fabriken und, wie es schien, sämmtlichen hiesigen Gewerken Kränze, meist mit weißen, theils rothen Schleifen auf den schon geschlossenen Grabeshügel nieder. Als Herr Heine das Wort nehmen wollte, klopfte ihn einer der anwesenden Polizeikommissare auf die Schulter und bedeutete ihn, daß er nicht sprechen könne, ein Zwischenfall der kaum bemerkt wurde. Herr Heine zog sich sofort zurück. Unter den bekannten Sozialdemokraten bemerkten wir auch den Regierungsbaumeister Keßler, den überall Ausgewiesenen, der nächstens seinen Aufenthalt wieder in den einzigen Ort verlegen wird, in welchem ihn eine Ausweisung kaum treffen dürfte, in das Gefängniß."

Das Andenken des Verstorbenen, dessen langjährige Thätigkeit im Dienste unserer großen Sache allbekannt sind, wird bei dem arbeitenden Volke unvergessen sein, aber auch die Niedertracht der heutigen Machthaber, die ihn buchstäblich bis in's Grab verfolgt hat. Schande über das System und ihre Träger!

— **Deutschland, das „Land der freien Frommen,"** die einst den Ruf genossen, sich durch ihre Offenheit und Biederkeit auszuzeichnen, wird, wenn das System Bismarck-Puttkamer nicht bald ein Ende nimmt, schließlich noch ganz zum Land der Falschheit und Hinterlist werden. Bis in alle Beziehungen des täglichen Lebens hinein wird die Korruption und Spionage von Oben her systematisch gezüchtet, Treue und Glauben in jeder Weise untergraben.

So wissen die Ordnungsblätter neuerdings wieder triumphirend zu melden, daß in den Werkstätten der oberschlesischen Staatseisenbahn in Breslau „Vertrauensmänner" aus den Reihen der Arbeiter ernannt worden sind, mit der Aufgabe, „diejenigen ihrer Mitarbeiter, welche sozialdemokratische Gesinnungen hegen oder laut werden lassen, dem Chef der Werkstättenverwaltung zur Anzeige zu bringen."

„Vertrauensmänner!" Das Wort ist in der That vortrefflich gewählt für einen Beruf, der lediglich darin besteht, jedes etwaige Vertrauen zu täuschen. Besser als durch die Prostituirung dieses ehrlichen Wortes kann die Nichtswürdigkeit des herrschenden Systems gar nicht gekennzeichnet werden, das alle Begriffe von Moral und Recht in ihr Gegentheil verkehrt.

Pfui über die Infamie, den gegenseitigen Verrath zur ständigen Institution zu erheben!

Und so etwas wagt es noch, gelegentlich heuchlerisch über die spanische Inquisition zu zetern.

— **Ein Kriegerverein, der kein Kriecherverein** ist, ist im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte eine sehr bedenkliche Erscheinung. Dasselbe kann ohne Krieger noch eher bestehen als ohne Kriecher. Die Kriegervereine haben daher Kriecher zu züchten, politische Kriecher, denn wenn es in ihren Statuten heißt, daß die Politik aus ihrer Mitte ausgeschlossen ist, so bezieht sich das nur auf irgendwelche mit selbständigem Denken verbundene Politik. Denken ist z. B. verbotene Politik, und wenn ein Kriegerverein Mitglieder hat, die noch selbständig zu denken wagen, so verletzt er seine Pflicht und verdient, aus dem Verband der braven, patriotisch-knechtsseligen Kriegervereine ausgeschlossen zu werden.

So dachte zweifelsohne auch der biedere Vorstand des „Braunschweiger Landwehr-Verbandes", als er unterm 28. Februar d. J. folgenden Schreibebrief an den Vorstand des Krieger- und Landwehr-Vereins in Wieda im Harz vom Stapel ließ:

„Nach den auf hiesiger Kreisdirektion mir zur Einsicht gestatteten amtlichen Wahllisten, die Reichstagswahl vom 21. Februar betreffend, haben in Wieda von 295 Wahlberechtigten 230 für den Sozialdemokraten Blos, 2 für den Grafen v. d. Schulenburg und nur 13 für den Kandidaten der Ordnungsparteien, den Stadtrath Retemeyer, gestimmt. Da der Landwehr-Verein Wieda 37 wirkliche und 1 Ehrenmitglied zählt, welche zweifellos sämmtlich wahlberechtigt sind, so müssen fast zwei Drittel der gesammten Mitgliederzahl sich entweder der Wahl enthalten oder, was viel schlimmer und ganz unverträglich mit den Pflichten eines Vereinsmitgliedes ist, ihre Stimmen dem sozialdemokratischen Kandidaten gegeben haben. Da der Vorstand diese im hohen Grade auffällige und schwerwiegende Thatsache nicht glaubt mit Stillschweigen hinnehmen zu dürfen, so ersuche ich, mir eingehende Mittheilungen darüber zu machen, wie es möglich gewesen, daß dem Kandidaten der Ordnungsparteien die 38 Stimmen der Mitglieder des Landwehrvereins Wieda nicht sämmtlich zugefallen sind. Ich kann dem Vorstande nicht verhehlen, daß die fragliche Angelegenheit seitens des Verbandsvorstandes sehr ernst angesehen wird, und daß derselbe durchaus erschöpfende Auskunft erwarten muß. gez. Frühling, Hauptmann der Landwehr a. D., Vorsitzender."

Die Anschnauzung verfehlte aber ihren Zweck. Mit kühler Höflichkeit verwies der Vorsitzende des Wiedaer Vereins den Herrn Frühling an die übrigen Vorstandsmitglieder, da diese während der Wahlzeit ortsanwesend gewesen, er selbst aber auswärtig in Beschäftigung gestanden habe. Darauf erhielt er, wie die „Nordh. Zeitung" berichtet, per Post eine offene Karte folgenden, ihn vollends vernichten-sollenden Inhalts: „Braunschweig, 5. 3. 87. In Besitz Ihres Schreibens vom gestrigen Tage muß ich Ihnen bemerken, daß ich Sie, als 1. Vorsitzenden Ihres Vereins, für die Folgen Ihrer ablehnenden Haltung in der von mir angeregten Frage allein verantwortlich mache. Der Vorstand des Braunschweiger Landwehr-Verbandes. (gez.) Frühling. An den 1. Vorsitzenden des Krieger- und Landwehr-Vereins Herrn Buchholz, Wieda."

Jetzt gab der Verein selbst die auf solche Unverschämtheit einzig gebührende Antwort: In einer darauf anberaumten Generalversammlung des Vereins wurde einstimmig der Austritt aus dem Braunschweiger Landwehr-Verband beschlossen und Herr Frühling hiervon telegraphisch benachrichtigt. Der Staat war zur Abwechselung einmal nicht gerettet.

Die „einzig gebührende Antwort", sagten wir soeben. Das bedarf jedoch einer Einschränkung. Nur angesichts der Thatsache, daß jeder Schritt gegen die Anmaßung des „Kamerad" Frühling vergeblich gewesen wäre, kann der Austritt als gerechtfertigte Maßregel erscheinen. Sonst hätte umgekehrt der Herr „Kamerad" für seine Anmaßung austreten oder ausgetreten werden müssen. Daran war jedoch bei der korrupten Gesinnung, die in der Mehrzahl der Kriegervereine herrscht, gar nicht zu denken, ebensowenig wie daran zu denken ist, daß irgend eine richterliche oder Verwaltungsbehörde ihn ob des frechen Angriffs auf die Freiheit der Wahl und das Wahlgeheimniß zur Rechenschaft ziehen wird. Für die Gewalthaber in Deutschland gibt es kein Gesetz, wie es für die Unterdrückten kein Recht gibt.

— **Wie die Zivilisation in den Negerländern wirkt,** ist aus folgender von der „Leipziger Zeitung" veröffentlichten Liste der Kameruner Einfuhr und Ausfuhr zu ersehen: Eingeführt wurden 1886: 1,524,028 Liter **Rum** (soll wohl Schnaps heißen), **Genever** 37,800 Flaschen, **Pulver** 57,475 Kg., Salz 1,112,000 Kg., **Tabak** 56,059 Kg., **Gewehre** (Steinschloß-) 1588 Stück, **Patronen** 1000 Stück, Zeuge 398,200 Yards. Ausgeführt wurde: Palmöl 1924 T., Palmkerne 1697 T., Kautschuk 6536 Kg., Elfenbein 8372 Kg., Cacao 1521 Kg. Man sieht, setzt die „Neue Züricher Zeitung", der wir diese Notiz entnehmen, hinzu, von welcher Seite her der Handel harmloser betrieben wird.

Die Neger behaupten auch nicht, daß sie mit ihrem Palmöl rc. uns Europäer zivilisiren wollen!

Korrespondenzen.

Crimmitschau, 17. April. Seit längerer Zeit hat sich wiederum in empfindlichster Weise bemerkbar gemacht, hinter was man schon vor mehreren Jahren gekommen war, nämlich die nichtswürdige Art und Weise, auf welche die hiesige Weberschaft von Seite ihrer Fabrikanten bestohlen wird. Zur Zeit des großen Weberstreiks hatten Viele geglaubt, dieser Spitzbüberei dadurch einigermaßen Einhalt gethan zu haben, daß man sie vor der Oeffentlichkeit kennzeichnete: daß sich jedoch unsre Biedermänner aus der öffentlichen Meinung etwas machen, daß sie so etwas wie Scham- oder Ehrgefühl besitzen würden, daran konnte eigentlich nur ein von Vertrauensduselei Besessener glauben. Anzunehmen, daß der Lohn des Webers hier wirklich nach Band, das heißt 6 Leipziger Ellen Kette, in anderen Tuchstädten auch Schmitze oder Zeichen genannt, berechnet wird, dazu gehörte in vielen Fällen schon ein sehr frommer Glaube. Es wurden wiederholt von Arbeitern Untersuchungen darüber angestellt, bei welchen sich ergab, daß die Bandlänge in vielen Fabriken nicht nur 4—6 Zoll über 6 Ellen, sondern mitunter noch über 7 Ellen betrug, und daß folglich der Weber jährlich um hundert Mark und darüber an seinem Lohn, der ihn an und für sich kaum vor dem Verhungern schützt, geschädigt wird. Jeder, der nur einen Funken von Rechtsgefühl besitzt, muß uns zugestehen, daß das Betrug ist. Und daß es gemeiner, vorsätzlicher Betrug ist, geht aus dem Folgenden hervor. Unter den hiesigen Webern machte sich immer stärker der Wunsch geltend, dem Maßunfug Einhalt zu thun. Es fanden einige Weberversammlungen statt, in denen beschlossen wurde, an den Fabrikantenverein zu gehen und denselben schriftlich zu ersuchen, eine Regelung zu treffen, damit diese Mißwirthschaft ein Ende nähme. Und zwar wurde nur verlangt, es solle in den Fabriken durch Plakate in den Arbeitssälen bekannt gegeben werden, welches die Bandlänge der zu verwebenden Kette, was für dieselbe bezahlt werde und welche Nebenarbeiten vorhanden seien. Sollte man wohl meinen, daß diese Forderung auch den verbissensten Fabrikanten insultiren könne? Schwerlich. Und doch wurden die Arbeiter mit der Antwort zurückgewiesen, die in ihrem Schriftstück geschilderten Zustände seien keineswegs vorhanden, der Arbeiter habe sich über nichts zu beklagen, Maß und Abrechnungsweise seien überhaupt Sache eines jeden Einzelnen, und ginge den Fachverein gar nichts an.

Nun wurde eine weitere Weberversammlung abgehalten, in welcher beschlossen wurde, daß in jeder einzelnen Fabrik die betreffenden Arbeiter selbst die Forderung schriftlich ihren Fabrikanten überreichen sollten. Da konnte man nun die Spitzbuben darüber schnauzen hören, wie die Weber die Unverschämtheit haben könnten, an ihrer Ehrlichkeit zu zweifeln. Die Tugendhelden empörten sich gewaltig darüber, daß die Weber den Muth hatten, ihre gerechten Forderungen ihnen, die ja die natürlichen Berather der Arbeiter sein wollen, zu unterbreiten, kurzum, es zeigte sich von Neuem, daß wir es mit würdigen Anhängern der Bismarck, Puttkamer und sonstigen Ausbeutern von Uneigennützigkeit zu thun hatten. „Die Kanaille hat nur Pflichten zu erfüllen, die Rechte stehen uns zu."

Es würde zu weit führen, auf alle Einzelheiten einzugehen, wir wollen nur die hauptsächlichsten Thatsachen anführen. So erklärte einer dieser netten Burschen, dessen Fabrik einer Schlammbude oder Mördergrube gleicht, der Stadtrath Köhler, der bei der letzten Wahl als Wahlvorsteher fungirt und sich sogar erdreistet hat, die Stimmzettel aufzumachen, ehe er dieselben in die Urne legte, seinen Webern rundweg: „Ich lasse mir von dem Fachverein keine Gesetze machen, sondern füge mich nur dem Willen Bismarcks." Gleich Bismarck verfügt dieser Herr über ein Prachtexemplar von Sohn, der, ebenso wie der Webermeister Zöffel, eher zum Aufseher eines russischen Zuchthauses als zum Leiter einer Fabrik in einem zivilisirten Lande paßte. Ein zweiter Biedermann, der nebenbei Bankdirektor ist, Bilz ist sein Name, ließ seine Weber zusammenkommen und theilte ihnen mit, daß er und seine Genossen sich keine Vorschriften vom Fachverein machen ließen, es sei überhaupt unerhört, mit einer solchen Forderung an die Arbeitgeber heranzutreten. Herrn Bilz, welcher seinen Arbeitern Moral lehren will, deren er doch selbst so nöthig hat, möchten wir ins Gedächtniß rufen, ob diesem biederen Herrn der christliche Tugendspiegel, genannt eiserne Besen, noch in Erinnerung ist, wo die guten Tugenden dieses edeldenkenden Moralpredigers gekennzeichnet sind. Indeß noch eines dritten Herrn müssen wir gedenken, des wackeren Albrecht Keylig, einer der rührigsten Anhänger oder — in der Sprache des Herrn selbst — Rädelsführer der vereinigten Fabrikanten, der zugleich auch die Ehre besitzt, Vorstand des hiesigen Fabrikantenvereins zu sein. Ein Mensch, der seinen Webern heute verspricht, daß sie sich auf sein Ehrenwort verlassen können, er habe nur das Wohl seiner Arbeiter im Auge, und der doch die Schamlosigkeit besitzt, das, was er heute den Arbeitern zugibt, den andern Tag wieder abzuleugnen. Als die Weber dieses Herrn, nachdem

---

zu denken. Er sah die beklagenswerthen Zustände in seinem ausgedehnten Reich und er wußte, daß es nach seinem Ableben noch schlimmer werden würde. Er wußte gut genug, daß sein Nachfolger (der jetzige russische Kaiser ist gemeint) ein grausamer Idiot, ein herzloser Schurke war, aber er konnte es nicht ändern und überließ Alles dem Ungefähr. Nichts konnte den Tyrannen retten.

Eines Tages wurde er trotz der Wachsamkeit seiner Polizei ermordet, und der tobsüchtige Caligula folgte ihm nach. Ein Feigling, ein Vieh, ein Narr, ließ er Diejenigen erwürgen, welche ihm zum Thron verholfen, indem sie den alten Tyrannen aus dem Wege räumten, und unter den so Gemordeten war — welche Schmach, welche Schande! — ein Weib, (donnernder Beifall und Rufe: Sophia Perowskaja!) Emma Näbius, wurde enthauptet.

Nachdem das Reich von dem alten Tyrannen befreit war, fiel es dem jungen, abscheulichen, verworfenen Feigling in die Hände. Das Schreckensregiment machte Fortschritte — größere Sicherheitsmaßregeln wurden für die Sicherheit des neuen Tyrannen getroffen. Aber alles ist vergebens. Der Gott der Rache, den der gekrönte Idiot anbetet, streckt seinen Arm gegen den Tyrannen selbst aus, er wird ihn in seinem Versteck erreichen und ihm bei der ersten Gelegenheit den Kopf abschlagen. Vergebens umgibt er sich mit Speeren, Schwertern und Bogenschützen, mit Spionen, Denunzianten und Henkern! Vergebens bewachen Garderegimenter seinen Palast — selbst unter ihnen werden sich Brutusse finden, und er wird von einigen seiner Gardeoffiziere ermordet werden, wie Flavius Josephus und Sueton berichten."

Ein nicht zu unterdrückender Beifallssturm folgte dem Vorlesen des Aufsatzes. Leidenschaftlicher Beifall und Bravorufe donnerten durch das ganze Universitätsgebäude. Die Versuche des Professors, dessen Gesicht erblaßt war, die Ruhe wieder herzustellen, waren vergebens. Er hämmerte fortwährend und versuchte zu sprechen, aber seine Stimme wurde von dem Beifall erstickt.

Der junge Mann, welcher seine Vorlesung beendet hatte, blieb erröthend auf der Platform stehen, seine Stirne war vom Schweiße bedeckt. Jeder Student eilte auf ihn zu, schüttelte ihm die Hände und umarmte ihn. Die große Halle war bald mit Leuten vollgestopft. Jeder, der sich grade im Universitätsgebäude befand, eilte herbei. Rufe wie: „Nieder mit der Tyrannei!" „Nieder mit dem Idioten!" „Es lebe die Freiheit!" erschallten in der Halle. Plötzlich wurden die Thüren der Halle und das ganze Universitätsgebäude von Gensdarmen besetzt, und wenn man durch die Fenster blickte, nahm man einige Schwadronen Kosaken auf der Straße wahr. Fünfzig Studenten wurden verhaftet, aber nach wenigen Tagen bis auf fünf wieder freigelassen. Der Verfasser des Aufsatzes — sein Name ist Andreas Tuschin — wurde nach einem kleinen Dorfe der Provinz Archangelsk verbannt.

Dieser Vorfall erregte großes Aufsehen in Rußland. Der Aufsatz, von dem Odiges eine Uebersetzung ist, wurde insgeheim gedruckt und im Lande verbreitet. M. D. M.

im Jahre 1884 bei einem damaligen acht Tage andauernden Streik vereinbart worden, das Band solle 6 Leipziger Ellen geleimte Kette betragen, im Februar d. J. die Sache näher untersuchten, da fand man, daß das Band 6 Leipziger Ellen 18 Zoll Kette gescheert wurde, ja bei gewissen Mustern sogar auf 7 Leipziger Ellen angelegt worden war. Als sie ihn nun davon in Kenntniß setzten, daß wider Vereinbarung die Bande um 18—24 Zoll verlängert worden seien, erklärte dieser dreiste Be—rather seiner Arbeiter, er wisse nichts von der Verlängerung der Bande. Die Weber, welche ihre Forderung energisch vertheidigten, setzten nach dreitägiger Verhandlung folgende Vereinbarung durch: Das Band hat 6 Leipziger Ellen 4 Zoll gescheerte Kette, und der Lohn hierfür ist 95 Pf. bis 90 Pf. für Männer und 80 Pf. für Frauen. Berechnen wir nun, um wie viel dieser große Sp—ekulirer den Verdienst der Weber während der zwei Jahre dadurch geschmälert hat, daß er jede Kette ohne ihr Wissen um 33 Leipziger Ellen verlängerte, die sie umsonst verarbeiten mußten: Die Kette umfaßt 45 Band. Nehmen wir an, daß ein Weber 18 Band wöchentlich fertig stellt, so hat dieser Schuft den Verdienst eines Webers in einer Woche um nahezu 2 Mark gekürzt, d. h. jährlich um mindestens 100 Mark. Da er nun 38 Webstühle hat, so ergibt dies die kleine Summe von 3800 Mark, welche dieser Schmarotzer in Saus und Braus verbrauchte.

Wer aber etwa meinte, daß die Sache sich nunmehr bessern werde, der sollte sich bitter enttäuscht sehen. Nach Ablauf einiger Wochen riß Ehren-Kezlig das Plakat wieder herunter und erklärte seinen Webern, sie sollten sich nur auf sein Ehrenwort verlassen und nicht den Wühlern des Fachvereins oder den Sozialdemokraten glauben. Die Weber verlangten das Abgerissene wieder angeschlagen oder ins Lohnbuch eingeschrieben, was der wirkliche Berather für das Wohl seiner Arbeiter als Vorstand des Ausbeutervereins natürlich zurückwies. Hierauf stellten die Weber und Weberinnen die Arbeit ein, der gemeingefährliche Berather aber verklagte sie auf Schadenersatz, weil er keine Weber hat, und zwar setzte er für den Tag 2 Mark an. Trotzdem nun feststeht, daß er auswärts Weber bis 20 Mark (!) Wochenverdienst suchte, seine Weber betrogen, die Vereinbarung heruntergerissen hat, so half doch Alles nichts, die Weber wurden von dem hiesigen Bürgermeister, Grundig heißt der Ehrenmann, zur Tragung der Kosten und täglich 2 Mark Schadenersatz verurtheilt, wogegen natürlich von den Webern Einspruch erhoben wird. Wir werden ja sehen, mit welchem Erfolg.

Nun, Genossen, Ihr seht, mit welcher Sippschaft wir es zu thun haben. Da der Streik schon fünf Wochen andauert und bedeutende Opfer kostet, können wir nicht unterlassen, an Euer Solidaritätsgefühl zu appelliren. Sorgt für genügende Unterstützung, damit wir in dem Kampf, welcher ein hartnäckiger geworden, nicht unterliegen, uns nicht dieser elenden Gesellschaft auf Gnade und Ungnade ergeben müssen. Nochmals, Genossen, tretet für uns ein, unterstützt uns, so viel in Eurer Kraft steht, denn unsere Interessen sind die Eurigen. Die Streikenden sind noch einig wie zuvor, darum hoffen wir, daß wir zum Siege gelangen. Mit sozialdemokratischem Gruß!

„Ueb' immer Treu und Redlichkeit."

Aus dem zweiten sächsischen Wahlkreise. Ein Polizeispion schuftigster Sorte ist der Grenzaufseher Tschaler in Altgersdorf. Kürzlich fahndete die Polizei eifrig nach den Verbreitern von Wahlflugblättern; ihre Bemühungen würden aber vergeblich gewesen sein, wenn ihr nicht der „Meineidsmichel" Tschaler zu Hilfe gekommen wäre. Obwohl bereits 8 Wochen seit der Verbreitung verstrichen und obwohl er nie ein Flugblatt gesehen, „wußte" dieser Schurke doch „ganz genau", wer der Verbreiter gewesen, und in welche Häuser Flugblätter getragen wurden.

Auf welche Weise er dabei Andere zum Meineid zwingen wollte, beweist Folgendes: Er ging zum Gensdarmen und mit diesem von Haus zu Haus; in den meisten Häusern suchte er die Bewohner dadurch einzuschüchtern, daß er behauptete, er wisse, daß Flugblätter hierher gebracht worden seien. Einigemale behauptete er sogar, daß der und der Bewohner um diese Zeit zu Hause gewesen sei; natürlich kam er dabei oft schief an.

Betrachten wir uns einmal das Treiben dieses sauberen Burschen im Allgemeinen. Da der Genannte meist auf das Faullenzen angewiesen ist, so vertreibt er sich außer mit der Spionage die Zeit mit dem schöneren Geschlecht. So hatte er vor einiger Zeit ein intimes Verhältniß mit einer verheiratheten Nähterin in Altgersdorf; nach längerer Zeit gewahrte der Mann derselben, daß er im Dunkel der Nacht seine Hose mit der seines Nebenbuhlers, des Grenzaufsehers Tschaler, verwechselt hatte! —

Ferner macht es dem Tschaler große Freude, wenn er armen Frauen und Kindern, welche sich gewöhnlich die Butter in Böhmen holen, da der geringe Verdienst nicht hinreicht, die etwas theurere Butter im Inland zu kaufen, „Kontrebande" machen und die wenigen Nahrungsmittel, auf welche die Familien daheim meist sehnsüchtig warten, wegstibitzen kann.

Noch einige andere Denunzianten zur Verdöffentlichung:

1) Der Kohlenhändler Hermann Wünsche am Bahnhof Alt- und Neugersdorf.
2) Der Gastwirth Adolf Schöbel in Neugersdorf (auf dem Berge).
3) Der Gastwirth Gustav Zentsch in Altgersdorf (Feldschenke).

Es ist durch Zeugen nachgewiesen worden, daß die drei Obengenannten wiederholt unsere Genossen bei der Polizei denunzirt haben. Wir fordern daher alle mit uns sich solidarisch fühlenden Arbeiter auf, die bezeichneten Geschäfte zu meiden.

Die Vertrauensleute
des zweiten sächsischen Wahlkreises.

München, 9. April. Le roi est mort — vive le roi! Auf echt bayerisch: Der Narr ist todt, es lebe der Narr! Bei uns: Die Reichstagswahl ist vorüber, es lebe die Landtagswahl! Ueber diese, in welche wir selbständig eintreten, werden wir seiner Zeit berichten. Inzwischen dürfte ein Rückblick auf das letzte Quartal und besonders auf die Reichstagswahl für die Leser des Parteiorgans von Interesse sein.

Ueber das Wahlresultat können wir nur mit gemischten Empfindungen berichten. Wir bedauern, daß uns unser Ritter im Reichstage nicht vertritt, und wir freuen uns der 17,000 Stimmen, welche wir erhielten. Und unter welchen Umständen erhielten! Sämmtliche größere Lokale wurden uns gleich anfangs von den Polizeisubjekten abgetrieben. Eine Versammlung war absolut unmöglich, bis wir wenige Tage vor der Wahl das privilegirte Mordspatriotenpack unsere Macht fühlen ließen und zwar in einer Versammlung der Liberalen, die in einem der größten Säle Münchens stattfand, und wo auch unsere Partei stark vertreten war. Dort suchte der bekannte Hampelmann Schauß mit seinem fabrizirten Wahlschwindel in der Form von Säbelgerassel, Bruder- und Massenmord seine Getreuen einzuschüchtern, es wurde ihm aber von uns sowohl durch treffende Zwischenrufe als auch von einigen Genossen, welche das Wort erhielten, in ausführlicher Rede gehörig heimgeleuchtet, und der sonst, wenn es gilt, Worte zu verdrehen, so Redegewandte verlor vollständig die Lust, den Rednern unserer Partei zu antworten. Er war für diesen Abend todt. Und so wurde dieser Hallunke einmal in die Lage gedrängt, zwei Stunden Gerechtigkeit walten zu lassen, und zu unserer Freude und seinem Leide darauf zu verzichten, sich zum Hunde zu degradiren, der vor der Tyrannenbrut schweifwedelt und gegen die Arbeiter bellt und die Zähne fletscht. Während dann der liberale Kandidat, Bierbrauer Sedlmayer, ein schrecklich gerstreicher Mensch, sein von Schauß geschriebenes Schriftstück herunterleierte, regnete es rothe Zettel in Massen von der Gallerie herunter. Die langen Gesichter der Spießbürger waren köstlich anzuschauen. Und welcher Schrecken, als sie erst lasen, daß sämmtliche Wähler Münchens auf den kommenden Sonntag zu einer öffentlichen Versammlung auf den Marienplatz vor der Hauptwache, in Mitte der Stadt, eingeladen wurden, wo Grillenberger reden sollte! Selbstredend wurde die Versammlung verboten, und alle Vorsichtsmaßregeln von der Hochlöblichen getroffen, um auch einmal einen tüchtigen Fang von Sozialdemokraten zu machen, denn es hatte an diesem Tag die ganze Garnison mit scharfen Patronen versehen Bereitschaft.

Von 12 Uhr an sammelten sich trotz Verbot Massen von Menschen, um 2 Uhr war der Marienplatz und die einmündenden Straßen nicht mehr passirbar — wohl an 30 000 Menschen (?Red.) mögen zusammengeströmt sein. Unter Scherz und Ernst wogte die Masse hin und wieder. Mit Hochs auf Vollmar und auf die Sozialdemokratie wartete man, was da kommen werde. Und — um 1/4 Uhr kamen die Staatsretter in Gestalt von Gensdarmen, von der Masse mit einem höhnischen Hoch begrüßt, die mit den dummen Kerlen von nun an ihren Ulk trieb. Es sammelten sich immer größere Massen zusammen, und man konnte so recht die Macht des Volkes beobachten, wenn es einig ist. Trotzdem Jedermann mit lachender Miene den tölpelhaften „Lackeln" antwortete, entfernte sich kein Mensch. Dann kam die um eine Kompagnie verstärkte Hauptwache — mit gefälltem Bajonnet auf die Masse los, aber auch sie richtete nichts aus; die Masse blieb standhaft stehen. Zu bemerken ist noch, daß an diesem Tage so viel Einjährige auf die Hauptwache kommandirt wurden, als bei einem Regiment aufzutreiben waren, und sie haben sich auch bewährt; diese zukünftigen Staatsretter sind wahrhaftig zum Massenmord in vier Monaten sehr gut eingedrillt. Die Meineidsgesellschaft hielt sich lange im Hintergrund, um nicht vor den gerechten Richter, vor das Volk, zu kommen. Endlich erschien sie, und man konnte aus der Menge heraus Rufe hören wie: Das ist der Meineidsmichel! das ist der meineidige Spitzel Auer! und so fort. Dann wurde von der sauberen Gesellschaft mit brutaler Gewalt zur „Säuberung" des Platzes geschritten. Es wurden zirka 20 Personen verhaftet, aber zum Verdruß der Meineidsgesellschaft war kein bekannter Sozialdemokrat dabei. Die Verhaftung wurde bei Einigen in der Art ausgeführt, daß man glauben konnte, der Verhaftete sei ein Mörder, denn es gingen zwei Schutz—geister mit gefälltem Bajonnet voraus, einer rechts, einer links, und zwei hintendrein, und so gings weiter mit den Verhafteten auf die Hauptwache. Erst gegen 1/2 7 Uhr war der Platz so ziemlich gesäubert und konnte die Pfaffengesellschaft wieder zu ihrem Götzen gehen (das sogenannte Marienbild) und sagen: wir haben dich gerettet vor der Umsturzpartei. Also nicht der Götze rettete die Menschen, sondern die Meineidigen retteten den Götzen.

Während nun so die Aufmerksamkeit der Ordnungsbanditen sich auf den Marienplatz konzentrirte, hielten unsere Genossen zwei größere Versammlungen in der Nähe der Hauptstadt ungestört ab. Die Polizei war düpirt. Der große Held aber, Prinzregent genannt, war an die österreichische Grenze nach Berchtesgaden gefahren, um sich dorthin die von seinen Räthen jedenfalls vorgelogene bevorstehende soziale Revolution telegraphisch melden zu lassen — ein netter Kunde! Einer unserer Genossen, der in der Sache wiederholt vernommen wurde, weil die Schnüffler blos wissen wollten, wer denn die Macher dieser Pläne gewesen, konnte keine Auskunft ertheilen, als daß, wenn unserer Partei die Lokale fernerhin abgetrieben werden, wir demnächst Nachts 10 Uhr eine projektirte 10,000 Lichterversammlung am Residenzplatz abhalten würden. Die Polizei staunte und glaubte, es sei Scherz. Aber durch unser bisheriges Verfahren kam sie zu der Ueberzeugung, daß es auf Thatsache beruhe, denn die Sozialdemokraten kennen hier keinen Scherz, verlangen sie doch blos ihr Recht wie andere politische Parteien — dies erklärte der betreffende Genosse, und das wirkte. Denn der elektrische Strom ging durch das Polizeigebäude in die Polizeiseele über. Vom ersten Schrecken erholt, gings an die Regierung per Telephon. Es war eine förmliche Panik in Polizei und Regierung, bis zum „Narr—etwerden". Kurz, es gab, nachdem sie unsere Macht und Einfluß erkannt, Lokale so viel man wollte, und so wurden denn auch noch so viel Versammlungen, als noch arrangirt werden konnten, abgehalten, und daneben eifrig Flugschriften verbreitet; meistens aber wurde im Stillen gearbeitet, während sich Liberale und Ultramontane wie Laushuben herumbalgten, um bei der Stichwahl Arm in Arm zu marschiren. Pfui dieser Gesellschaft!

Genosse Grillenberger sprach in einigen Versammlungen, welche so stark besucht waren, daß Tische und Stühle entfernt werden mußten, Tausende Kopf an Kopf der Versammlung stehend beiwohnten, und eben so viel umkehren mußten. Ueberall zeigte es sich, daß wir selbst Ordnung halten können, sobald nur kein lümmelhafter Polizist sich in der bekannten läppischen Manier einmischt. Nach alledem erhielten wir bei der Wahl unsere 17,000 Stimmen — welches Resultat wir unserem inhaftirten Kandidaten Vollmar Nachts 11 Uhr durch ein großes Transparent gegenüber dem Gefängniß bekannt gaben — und kamen im 2. Münchener Wahlkreis in die Stichwahl mit den Schwarzen. Leider fehlte es jetzt an einem Organ, das unsere Interessen vertreten hätte; wir mußten alle die perfiden Angriffe des Pfaffengesindels und Protzenthums ruhig hinnehmen. So scheute sich der Pfaffe Huhn nicht, von der Tribüne auf unseren Kandidaten, der im Gefängniß sitzt, also auf einen Wehrlosen, loszudonnern, das Programm des „Revolutionärs und Kommunisten", der „die freie Liebe predige", in einer so verleumderischen, lügenhaften Weise zu verdrehen, wie es einem Pfaffen eben möglich ist. So bezeichnete er als Folge der freien Liebe, daß die Leute ein halbes Dutzend Kinder haben werden, für jedes Kind eine andere Mutter! Du Pfaffe kannst freilich aus Erfahrung sprechen und mußt diese freie Liebe verdammen, denn die kommt dich theuer. Wir verdammen sie auch, aber wir verdammen auch die heutige, lügenhafte Ehe, die nicht nach freier, gewonnener Liebe geschlossen wird, sondern nach Geld, und bei der meist ein Menschenleben verkauft wird.

Zum Schluß seien noch einzelne Heldenthaten aus der Wahlära hier angenagelt. Fangen wir bei der Polizei an. Ein Genosse, welchem 6 Monate Gefängniß zudiktirt wurden wegen Geheimbund, obwohl er unschuldiger ist als ein Kind (denn wir brauchen keinen Geheimbund, den brauchen blos Polizeischurken, um sich Orden zu erwerben), wurde auf die Polizei zitirt wegen den oben erwähnten Versammlungen. Es wurde ihm eröffnet, daß sein Gesuch um Strafaufschub erfüllt werde, wenn er veranlassen könne, daß sich das Arbeiter-Wahlkomite anzeigen werde. Es gelang ihm endlich, einige Genossen ausfindig zu machen, die einwilligten, damit sein Wunsch erfüllt werde; darauf meldete er fünf Mann an, er vertraute darauf, daß der Polizeidirektor ein Mann von Ehre sei und Wort halten werde, aber er hatte die Rechnung ohne den Wirth gemacht, denn er erhielt am nächsten Tag die Quittung in Gestalt einer Ordre, innerhalb 24 Stunden seine Gefängnißstrafe anzutreten, und das Wahlkomite, dem erklärt wurde, es hätte nichts zu fürchten, ist von der Polizei in Anklagezustand versetzt worden. Die Gestellungsordre für Ernst wurde vier Tage zurückdatirt, um den Glauben zu erwecken, sie sei von der Regierung schon lange ausgefertigt. So die Polizei in München. Bei anständigen Leuten heißt es: ein Mann ein Wort, oder ein Hundsfott! Und hundsföttisch in der That ist die Moral derjenigen, die die Moral Anderer hüten wollen. In der Stichwahl wurde in den frommen schwarzen Bauerndörfern kein Plakat gestattet, von den durch Pfaffen aufgehetzten Bauern wurden die Genossen verhaftet, eingesperrt, zum Wahllokal hinausgeworfen, ihnen bei nochmaligem Erscheinen mit Erschlagen gedroht! Das ist die Freiheit, die die Pfaffen wollen. Es ließen sich Dutzende von solchen Fällen aufzählen. Ob all der Schandthaten ist unsrerseits Wahlprotest erhoben.

Wir sind, wenn man das Säbelgerassel und die Wahlbeeinflussungen von Seite der Behörden und Parteien in Betracht zieht, mit Ehren unterlegen, und brauchen die Hoffnung nicht sinken zu lassen, bei der nächsten Reichstagswahl trotz Zusammengehen aller Parteien unsern Ritter wieder in den Reichstag zu schicken.

Aber nur auf unsere eigene Macht dürfen wir uns stützen. Darum frisch ans Werk, und in drei Jahren werden wieder 5000 mehr ihrer Klassenlage bewußt sein. Das nächste Mal mehr über Konservative und Nationalliberale u. s. w.

M. Krug.

Immer wieder

schärfen wir unseren Korrespondenten ein, unter Angabe des Datums in jedem Brief u. s. w. stets deutlich anzugeben, welche Korrespondenzen, Sendungen 2c. bis zu Abgang eingetroffen waren. Bei Adreßänderungen, Adreßlöschungen u. dgl. ist unbedingt Vorkehrung zu treffen, etwa Laufendes in sichere Hand zu leiten. Alle Adreßmeldungen bitten wir in Deutsch- und Lateinschrift (behufs Kontrole) deutlich zu schreiben und sich nicht blos mit zwei oder drei Adressen zu behelfen, was stets gefährlich ist.

Deckadressaten oder deren Angehörige sind zur Ablieferung sofort nach Empfangnahme strengstens anzuhalten.

Weiterbeförderungen und Abholungen sind pünktlichst zu bewirken, Kouverte und Emballage sofort nach Empfang zu vernichten.

Man schreibe Berichte 2c. für die Redaktion niemals auf denselben Briefbogen, der Geschäftliches enthält, sondern Jedes für sich getrennt.

Expedition des „Sozialdemokrat".

Briefkasten

der Redaktion: Einsendungen 2c. sind eingetroffen aus Augsburg, Baden-Baden, Dessau, Gera, Halle, Neustadt, Leipzig, Newyork. — Stuttgart: Ihre Korrespondenz haben wir pt. erhalten und quittirt, und werden pflichtgemäß von ihr „Gebrauch machen".

der Expedition: J. B. A'shl: Fr. 2 — Ab. 2. Qu. erh. — F. G. Hlb.: Mk. 2 — Ab. Mai und Juni erh. — H. D. Mg.: Mk. 4 80 Ab. 2. Qu. erh. — Alte Tannen: Mk. 10 — à Cto Ab. 2c. erh. — Der alte Rothe: Mk. 3 — Ab. 2. Qu., Mk. 39 80 baar u. Mk. 14 — in Gprchg. erh. Adr. 2c. beachtet. Bfl. mehr. — A. T. W.: Fr. 3 70 Ab. Mai u. Juni erh. — J. 2. Ch. Sbg.: Mk. 1 80 Nachlfg. pr. 1. Qu. erh. Sdg. abg. — A. R. Bz.: Mk. 2 — Ab. Mai u. Juni erh. Ihre Neugierde auf das Organ der „Verdonnerten" wird hoffentlich bestens fruchten. — N. Z. Z. Zch.: Fr. 2 10 Ab. 2. Qu. pr. N. N. erh. — Großes Zuchthaus: Mk. 1 — Nachzlg. pr. Bfab. erh. Weiteres demnächst. — H. B. Retinne: Fr. 5 50 Ab. 2. u. 3. Qu. u. Schft. erh. Sdg. abg. — A. S. Ng.: Mk. 2 50 f. Schft. erh. Beil. abgbn. Adr. N. gelscht. — Rother Distelfink: Mk. 26 — pr. Abon.-Rest 2. Qu. erh. Mehrbstllg. 2c. vorgem. — V. d. Haagener Gen.: Mk. 50 — „dem Pulverkamer zum Trutz, den Ausgewiesenen zum Schutz" pr. Ufd. dkd. erh. — W. St. Ehn.: Mk. 2 — Ab. Mai und Juni erh. — Pickelhaube: Fr. 252 50 à Cto Ab. 2c. erh. Amttdn. hier. Beschmutztes unbrauchbar. Bstllg. folgt. Beil. abgbn. — Anton: Mk. 12 60 à Cto Ab. 2c. erh. — W. a. d. J.: Wir wußten bis jetzt weder von dem Einen noch von dem Andern. — Ch. Pommer, Limmeira: Bf. v. 3/4. am 2/5. erh. War alles unterwegs. N. W. stockt einige Zeit ohne unsere Schuld. Gruß! — Kannibale: Referenz am 1/5. dkd. erh. Weiteres je eher je besser. — Schwarzflaggen: †ddsdg. v. 2. ds. dkd. erh. — -atore: Adr. geordnet. †††— — —: Nachr. v. 3. ds. †ten sich. Hatten bereits so disponirt. M.-Ppr. erh. Weiteres besorgt. — C. Sh. Cincinnati: Fr. 100 — à Cto Ab. 2c. erh. Weiteres der Red. bestellt. N. T. ist erledigt. — A. H. S. b. Thal.: Fr. 1 45 Ab. Mai u. Juni erh. — Fldhptm.: Mk. 4 50 Ab. 2. Qu. erh. Beil. besorgt. F. u. U. sind längst in Amerika. — Der rothe Sachse: Mk. 60 — à Cto Ab. 2c. erh. Bfadr. 2c. notirt. Gewünschtes abgesandt. — Fernando: Mk. 32 — à Cto. Ab. 2c. erh. Bfl. am 29/4 mehr. — J. Sch. Rbg.: 60 Pf. pr. Ab.-Rest 2. u. für 3. Qu. zuzügl. Mk. 4 — pr. G. P.-A. verw. — 2. A. W'thur: Fr. 2 10 Ab. 2. Qu. erh. — A. B. Lschd.: 90 Pf. Ab.-Rest 2. Qu. erh. — Fuchsschwanz! Mk. 4 86 Ab. April 2c. erh. Adr. notirt. Preis lt. Auszug v. 28/4.

Anzeigen.

Gesuch.

Für einen jungen, militärfreien Kaufmann mit vorzüglichen Zeugnissen wird dauernde Stelle als Buchhalter, Komptoirist, Magazinier oder Verwalter gesucht.

Betreffender ist zuverlässiger, tüchtiger und selbständiger Arbeiter mit bescheidenen Ansprüchen. Näheres durch

Die Expedition des „Sozialdemokrat".

Lorenz Zimmermann, Schreiner,

aus Hohenzollern, zuletzt in Augsburg, oder wer seinen Aufenthalt kennt, wird ersucht seine Adresse an die Expedition dieses Blattes gelangen zu lassen.

Die Expedition des „Sozialdemokrat".

Löschung.

Wir erklären hiermit unsere Blätterablage bei

H. Schackwitz, Friseur in London,
Nr. 10 Featherstone Str. City,

für erloschen und richten zugleich an denselben die

Aufforderung,

uns umgehend seine neue Adresse mitzutheilen. Wer solche vermitteln kann, ist dringend darum gebeten.

Die Expedition des „Sozialdemokrat".

Für das Parteiarchiv

werden zur Kompletirung gesucht:

„Reichsbürger" 1879 Nr. 18. 19. 21—24. 26—29. 33. 43. 65—67.
" 1880 Nr. 24. 50. 52. 70. 73. 74. 79 und 80.
" 1881 Nr. 7. 19—23. 25. 26. 30. 31. 50.
„Staatssozialist." Berlin. Die kompleten Jahrgänge von 1878 und 1880.
" Jahrgang 1879 Nr. 1—13. 20. 23. 24. 30. 31—35. 39—41. 44. 47.
" Jahrgang 1881 Nr. 21. 27. 32. 42. 46. 49 und 50.
„Proletarier." Augsburg-München. Nr. 1—47.
„Neuer Sozial-Demokrat" 1871. 1. und 2. Quartal.

Weiter der von Schweitzer herausgegebene „Agitator", der Altonaer „Nordstern" und die „Rundschau".

Auch Einzelnummern sind willkommen.

Sendungen richte man an die Unterzeichnete.

Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.

Zürich Samstag, den 7. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Cafe Mutter (früher „Weißes Rößli") an der Schiffände, 1. Stock:

Oeffentliche
Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:
Die zürcherischen Wahlen.
Referent: Bgr. Fischer.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein

Der Lokalausschuß.

Jedermann hat Zutritt.

Newyork Das Unterstützungskomite der Soz. Arb. Partei in Newyork hat beschlossen, fernerhin keine Unterstützung mehr zu verabfolgen ohne genügende Legitimation von einem Vertrauensmann oder gutbekannten Genossen.

Wir ersuchen die Vertrauensleute 2c., die Legitimationen stets an die National-Exekutive zu senden.

Adresse: J. Sulzberger, Sekretär, Nr. 344 E. 18 Str. New-York.

Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.